

Herr
Ismail Osman
Luzerner Zeitung AG
Maihofstrasse 76
6002 Luzern

Emmenbrücke, 18.11.2017 / fes

Ihre Anfrage vom 17.11.2017, 1223 Uhr per Mail

Sehr geehrter Herr Osman

Im Namen unseres Verbandspräsidenten, Herrn Domenghini, nimmt der Verband der Luzerner Polizei wie folgt Stellung:

- **Kürzungen bei der Polizei wirken sich auf praktisch alle Tätigkeitsbereiche aus. Welche Bereiche sind besonders hart betroffen, bzw. wo ist die Situation besonders prekär und weshalb?**

Die beiden Frontabteilungen, die Uniformpolizei (Sicherheits- und Verkehrspolizei / SiVPol) und die Kriminalpolizei (Kripo) sind von den Kürzungen am meisten betroffen. Personalmangel und fehlende technische Hilfsmittel behindern die Polizei bei der täglichen Arbeit und führen zu einem stetig steigenden Pendenzenberg. Vieles ist der Polizei bekannt, kann aber nicht bearbeitet werden.

Der im 2. Halbjahr 2017 verordnete Abbau von aufgelaufenen Überstunden führte zu massiven personellen Engpässen bei der Uniform- und Kriminalpolizei und als Folge davon zu einem Abbau von polizeilichen Leistungen. Die Luzerner Polizei hat bereits heute nur eine ungenügende Anzahl Patrouillen im Dienst. Dies hat zur Folge, dass die Interventionszeiten stark angestiegen sind und der Bürger deshalb noch länger auf die polizeiliche Hilfe warten muss. Bereits heute ist es an der Tagesordnung, dass bei gewissen Straftatbeständen keine Patrouille mehr vor Ort beordert wird. Der Bürger wird angewiesen, beim nächsten zuständigen Polizeiposten, sofern dieser dann geöffnet ist, eine entsprechende Anzeige zu erstatten. Die Luzerner Polizei ist heute nicht mehr in der Lage, im ganzen Kantonsgebiet die notwendige Präsenz zu leisten. Die polizeiliche Versorgung in den Randgebieten ist heute schon sehr schlecht und wird sich noch weiter verschlechtern. Selbst die urbanen Gebiete und deren Hotspots können von der Polizei nicht mehr mit der nötigen Intensität wie präventive Präsenz, Interventionen, Bekämpfung der Kriminalität, bewirtschaftet werden.

Nimmt die uniformierte Polizeipräsenz ab, nimmt die Delinquenz entsprechend zu. Nicht nur der normale, unbescholtene Bürger bemerkt die fehlende Polizeipräsenz, die kriminellen Personen ebenfalls und diese werden dies auch zu nutzen wissen.

Dies hat zur Folge, dass die Kriminalität steigt und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung abnehmen wird.

Nimmt die Kriminalität zu, wird dies natürlich auch auf die Kriminalpolizei entsprechende Auswirkungen haben. Bereits heute ist die Kriminalpolizei nicht mehr in der Lage, den Drogenhandel, den Menschenhandel, die Vermögensdelikte (z.B. Einbrüche), die Wirtschaftsdelikte und die Internetkriminalität mit der nötigen Intensität, mangels Personal und technischen Mittel, zu bekämpfen. Vieles ist der Kriminalpolizei bekannt, kann aber mangels Personal nicht verfolgt werden.

Die für das Jahr 2018 und folgende vorgesehenen Sparmassnahmen, Verschiebung der bereits bewilligten Stellenaufstockung, zusätzlicher Abbau von Polizeistellen verschärft alles noch mehr. Weniger Patrouillen, noch längere Interventionszeiten, noch weniger präventive Polizeipräsenz, längere Bearbeitungszeiten von Straffällen, drohende Verfolgungsverjährung, etc. Es wird noch mehr vorkommen, dass keine Polizeipatrouille mehr vor Ort kommt, ausser es handelt sich um ein Verbrechen oder Vergehen. Und die Kriminalität steigt weiter, Statistik hin oder her.

Die Polizei wird in Zukunft nicht mehr in der Lage sein, ihre Aufgaben entsprechend zu bewältigen. Das Korps stösst noch mehr an seine Grenzen. Bereits heute ist die Polizei kaum mehr in der Lage, die Kriminalität mit der nötigen Intensität, mangels Personal und Mittel, zu bekämpfen. Es muss noch mehr priorisiert werden und vieles kann deshalb nicht mehr bearbeitet werden, Tendenz stark steigend!

Die Luzerner Polizei ist bereits heute fast nicht mehr in der Lage, eine besondere, spontane Lage, welche Personal- und Zeitintensiv ist, zu bewältigen. Beginnt die besondere, spontane Lage Tagsüber, kann sie dies noch knapp gewährleisten. Beginnt diese aber nachts, ist sie faktisch nicht in der Lage, adäquat zu handeln. Dies mangels personeller Ressourcen.

Die Polizei ist mehrheitlich nur noch knapp in der Lage, solche besonderen, spontanen Lagen abzuarbeiten. Eine spontane, unbewilligte Demonstration kann die Polizei maximal noch begleiten, ein Verhindern oder Auflösen einer solchen ist nicht möglich, selbst einzelne Festnahmen nicht. Dies mangels Personal und weil es für die wenigen Polizisten einfach zu gefährlich ist.

Die Polizei wird sich in Zukunft des Öfteren bei Straftatbeständen, wie Raufhandel, Massenschlägereien, spontane unbewilligte Demonstrationen zurückziehen müssen, da die personellen Mittel fehlen und eine Intervention für die Polizei zu gefährlich sein wird. Es kann nicht sein, dass die Polizistinnen und Polizisten ihre Gesundheit, ihr Leben für die bürgerliche Sparpolitik aufs Spiel setzen müssen!

Sollte bei der Polizei weiter gespart werden, wird diese nicht mehr in der Lage sein, das normale Tagesgeschäft nur annähernd zufriedenstellend zu erledigen. Wird nicht in die Sicherheit des Kantons Luzern, sprich Polizei, investiert, wird man die Quittung dafür erhalten, erhöhte Kriminalität, mehr Verkehrsunfälle mit Schwerstverletzten und Toten, Selbstjustiz von Bürgern (Bürgerwehren) und anderes. Um dies dann wieder zu korrigieren, müssen mehr Mittel ausgegeben werden, als jetzt eingespart werden.

Die Luzerner Polizei wird von der Politik daran gehindert, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Die notwendigen personellen wie materiellen Mittel sind bekannt, werden aber trotz aller Versprechen von der Politik nicht umgesetzt!

- **In der Medieninformation vom Juli wird unter anderem erwähnt, dass sich die Verfahrensdauer in die Länge ziehen – teilweise bis zur Verjährung. Wie gross ist das Problem der Verjährenden Fälle aus Sicht des Verbandes?**

Das Problem der Verjährung beschäftigt die Strafverfolgungsbehörden, die Polizei und die Staatsanwaltschaft, schon heute relativ stark. Grössere Strafverfahren können mangels Personal nicht mit der nötigen Intensität und deshalb nicht mehr zeitgerecht bearbeitet werden. Dies verärgert sowohl die Geschädigten, die Beschuldigten und auch die anderen Verfahrensbeteiligten, zumal von Gesetzes wegen eigentlich das Beschleunigungsgebot gilt. Auch fehlende technische Hilfsmittel führen zu weiteren Verzögerungen. Das Problem der Verjährung wird sich deshalb noch weiter verschärfen.

- **Der Verband hat sich im Juli mit sehr deutlichen Worten an die Öffentlichkeit gewendet. Wurde auf den Verband in der Folge Druck ausgeübt, sich weniger „lautstark“ zu Wort zu melden?**

Nein, seitens der Politik wurden keine entsprechenden Forderungen kundgetan. Der zuständige Regierungsrat liess nur verlauten, dass es halt die Aufgabe eines Verbandes sei, so zu Argumentieren. Die beschlossenen Massnahmen seien aber vertretbar und würden den Bürger kaum tangieren.

- **Welches sind aus Sicht des Verbandes die grössten Herausforderungen für die Zukunft?**

Trotz den knappen finanziellen Mitteln des Kantons Luzern dafür zu sorgen, dass die die Polizei die dringend notwendigen personellen und materiellen Mittel zur Verfügung gestellt bekommt. Die bereits bewilligte Stellenaufstockung muss dringend komplett vollzogen werden und ein weiterer Stellenabbau ist zu verhindern. Ebenso müssen die dringend notwendigen technischen Hilfsmittel zur Strafverfolgen angeschafft werden, damit eine effiziente und zeitgerechte Strafverfolgung auch möglich ist. Denn nur eine personell gut aufgestellte und ausgerüstete Polizei kann ihren Auftrag zur Sicherheit und zum Wohle des Kantons Luzern korrekt wahrnehmen.

Weiter ist darauf zu Achten, dass die Anstellungsbedingungen nicht weiter verschlechtert werden.

- **Nun stehen die nächsten Budgetdebatten an, wo die nächsten Massnahmen beschlossen werden. Wie wird das Thema innerhalb des Verbandes diskutiert? Wie kann/will man vorgehen?**

Die möglichen Sparmassnahmen werden seitens des Verbandes analysiert und die möglichen Folgen erörtert. Medienmitteilungen, welche die Folgen der Sparmassnahmen bei der Polizei der Allgemeinheit bekannt machen, gehören sicher dazu. Über allfällige weitere Schritte wird später entschieden.

Freundliche Grüsse

Felder Stefan
Vize-Präsident